

13. und 14. September 2010, 10 - 19 Uhr:

**Protest gegen  
„Bundeswehr Karriere-Treff“  
am Friedensplatz**

# Kein Werben fürs Töten und Sterben!

Am 13. und 14. September 2010 besetzt die Bundeswehr den Bonner Friedens(!)platz, um unter Bonner SchülerInnen für die „Karriereaussichten“ in der Bundeswehr zu werben.

Wir wollen das zunehmende Vordringen der Bundeswehr in die Schulen und in den öffentlichen Raum nicht un widersprochen hinnehmen und begleiten den „Karriere-Treff Bundeswehr“ mit unserem Protest.

Wir bieten am Friedensplatz kritische Informationen zur Bundeswehr als Armee im Krieg, zu den alternativen Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung und zu friedenspolitischem Engagement. Die an vielen Schulen und Orten zunehmenden Proteste gegen die Bundeswehrpräsenz zeigen schon viele Erfolge. Auch wir werden deutlich machen: Die Bundeswehr hat in den Schulen und auf dem Friedensplatz nichts zu suchen!

## **Sie verlassen den demokratischen Sektor**

Der „Karriere-Treff“ in Bonn reiht sich ein in 40 derartige Veranstaltungen 2010 im Bundesgebiet und in immer intensiveres Auftreten von Jugendoffizieren zur Erbung an Schulen. Auch in Nordrhein-Westfalen wird das Werben für das Soldatenhandwerk unterstützt durch ein Kooperationsabkommen der (alten schwarz-gelben) Landesregierung mit der Bundeswehr. So grassieren jetzt die Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Auftreten der Bundeswehr auf Messen, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare mit dem Strategiespiel POL&IS. Dies alles soll Jugendliche in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen.

Die Bundeswehr bietet auf dem Friedensplatz einen „Info-Truck“, Ausstellungen und Gespräche über „Arbeitsplätze, Karrieremöglichkeiten und Themen rund um die Bundeswehr“ sowie ein „interessantes Bundeswehr-Quiz und einzelne militärische Exponate“. Jeweils von 10 bis 19 Uhr nehmen sich die Bundeswehr-Offiziere Zeit für die Lehrkräfte und „Schülerinnen und Schüler im Altersband zwischen 15 und 21 Jahren“ und bieten die Möglichkeit, „sich auf dem Bonner Friedensplatz umfangreich und kompetent zu informieren“ (so das Schreiben an Bonner Schulen). Mit der Werbung in dieser Zielgruppe und mit der Rekrutierung von 17jährigen zum freiwilligen Militärdienst unterläuft die Bundeswehr auch den Schutzgedanken der UN-Kinderrechtskonvention.

Die Werbeoffensive der Bundeswehr greift eine langjährige zivil geprägte Tradition der Bundesrepublik an, in der die Armee auf Landesverteidigung beschränkt war und selbst von Bundesregierungen in die engeren Schranken ihrer Kasernen verwiesen wurde. Erinnert sei an Willy Brandt, der in seiner ersten Regierungserklärung 1969 in bewusster Abwendung von der „Bundeswehr als Schule der Nation“ formulierte:

„Die Schule der Nation ist die Schule.“



## Friedensstadt Bonn? – Rat und OB gefordert!

Bonn ist UN-Stadt und Mitglied der internationalen Initiative „Bürgermeister für den Frieden“. Völlig gegensätzlich dazu ist z.B. die Absicht, ein Kriegsschiff der Marine nach der Stadt Bonn benennen zu lassen. Unverständlich auch, dass die Stadtverwaltung nicht nur die Werbung der Bundeswehr auf dem Friedensplatz per „Sondernutzung“ gestattet, sondern sogar im Veranstaltungskalender ihrer Internetseite selbst dafür wirbt.

**Wir fordern dagegen, dass die Stadt Bonn der Bundeswehr-Werbung an ihren Schulen einen Riegel vorschiebt und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, um öffentliche Rekrutenwerbung im Stadtgebiet zu unterbinden.**

Der neugewählte Landtag und die neue Landesregierung NRW sind aufgefordert, das bestehende Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Kultusministerium NRW wieder zu kündigen.

## Bundeswehr im Krieg

Die Bundeswehr führt Krieg und sucht junge Menschen, die da mitmachen.

In Afghanistan hat sie u.a. mit dem vor einem Jahr durch den damaligen Befehlshaber Oberst Klein angeordneten Luftangriff auf zwei Tanklaster im Kundus-Fluss ein Massaker an bis zu 142 Menschen (nach NATO-Angaben) zu verantworten. Das Kriegsverbrechen soll nach dem Willen von Bundesregierung und Bundesanwaltschaft keine rechtlichen Konsequenzen haben. Hauptsächlich die Zivilbevölkerung ist leidtragend in diesem seit fast 9 Jahren andauerndem Krieg. Aber auch unter den eingesetzten SoldatInnen der Bundeswehr steigen die Todesopfer in diesem auch nach militärischen Gesichtspunkten völlig gescheitertem Unternehmen. Mit einer unsinnigen weiteren Verstärkung der Kämpfe will die US-geführte ISAF-Streitmacht jetzt die aufständischen Taliban zunächst nochmal schwächen, bevor der unausweichliche Verhandlungsfrieden angestrebt wird.

Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung lassen sich nicht durch Krieg erreichen. Die Friedensbewegung fordert deshalb den Stopp aller Kampfhandlungen und den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan. Die frei werdenden Gelder sollen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen eingesetzt werden. Statt weiterer militärischer Eskalation soll sich die Bundesregierung für Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien innerhalb und außerhalb Afghanistans einsetzen.

## Friedenserziehung in Schulen statt Werbung für die Bundeswehr!

Mit der anstehenden Wehrreform wächst die Gefahr, dass die Bundeswehr verstärkt in Schulen und Bildungseinrichtungen um Minderjährige zum Dienst an der Waffe wirbt. Darauf weist das internationale Kinderhilfswerk terre des hommes hin.

„Die auch von Deutschland ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention betont klar die Schutzrechte von Minderjährigen. **Gefragt ist nicht Werbung für das Militär, sondern Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche durch Pädagogen und zivilgesellschaftliche Organisationen.** Wir appellieren daher an das Verteidigungsministerium und die Kultusministerien der Bundesländer, auf jegliche Werbung der Bundeswehr an Schulen und bei Lehrerfortbildungen zu verzichten.“

(terre des hommes Deutschland e.V. zum 1.9.2010)



Militärfreie  
Zone!

### Bonner Bündnis

»Kein Werben fürs Töten und Sterben!«

c/o Netzwerk Friedenskooperative

Römerstr. 88, 53111 Bonn

Tel. 0228/692904 · Fax 0228/692906

wegtreten@friedenskooperative.de

[www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.

Konto-Nr. 33 0 35 bei Sparkasse KölnBonn

(BLZ 370 501 98), Stichwort: Wegtreten

V.i.S.d.P.: Mani Stenner, c/o Friedenskooperative